

**VEREINTE
NATIONEN**

Sicherheitsrat

Verteilung
ALLGEMEIN

S/PRST/1996/24
15. Mai 1996

DEUTSCH
ORIGINAL: ENGLISCH

ERKLÄRUNG DES PRÄSIDENTEN DES SICHERHEITSRATS

Auf der 3664. Sitzung des Sicherheitsrats am 15. Mai 1996 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes "Die Situation in Burundi" im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

"Der Sicherheitsrat hat den gemäß Resolution 1049 (1996) vorgelegten Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Burundi vom 3. Mai 1996 (S/1996/335) geprüft.

Der Sicherheitsrat ist zutiefst besorgt über die ständige Verschlechterung der Sicherheitslage in Burundi, insbesondere angesichts der Berichte über eine Eskalation der Gewalt, die zu weiteren massenhaften Tötungen in Buhoro und Kivyuka geführt hat, sowie über den zunehmenden Flüchtlingsstrom aus Burundi. Der Rat ist zutiefst besorgt darüber, daß Hilfsorganisationen daran gehindert wurden, in Burundi lebenswichtige humanitäre Unterstützung und Entwicklungshilfe zu gewähren, und über das Leid, dem das Volk Burundis dadurch ausgesetzt wird. Er ruft die Parteien und alle Beteiligten auf, alles zu unterlassen, was die Probleme der Flüchtlinge noch verschärfen könnte.

Der Sicherheitsrat verurteilt entschieden jede Anwendung von Gewalt und unterstreicht seine Überzeugung, daß die Situation in Burundi nur mit friedlichen Mitteln dauerhaft beigelegt werden kann. Der Rat fordert die Parteien auf, in einen umfassenden politischen Dialog zur Herbeiführung der nationalen Aussöhnung in Burundi einzutreten. Der Rat fordert die Behörden und alle beteiligten Parteien in Burundi erneut nachdrücklich auf, ihre Meinungsverschiedenheiten beiseite zu lassen, auf den Einsatz von Gewalt zu verzichten und einen festen politischen Willen zur raschen Beilegung des Konflikts zu beweisen.

Der Sicherheitsrat betont, wie wichtig der Beginn der im Regierungspakt vorgesehenen landesweiten Debatte ist, die einen geeigneten Mechanismus für einen weitreichenden politischen Dialog darstellt, an dem sich alle Konfliktparteien ohne Vorbedingungen beteiligen sollen. Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die Einberufung der Regionalkonferenz über Frieden, Sicherheit und Entwicklung im ostafrikanischen Zwischenseengebiet und fordert alle beteiligten Staaten zur

Zusammenarbeit im Hinblick auf die Einberufung der Konferenz auf.

Der Sicherheitsrat erklärt erneut, daß er die laufenden Bemühungen des ehemaligen Präsidenten Nyerere, die Verhandlungen und den politischen Dialog zur Beilegung der Krise in Burundi zu erleichtern, uneingeschränkt unterstützt, und sieht einem erfolgreichen Abschluß des bevorstehenden Treffens in Mwanza (Tansania) am 22. Mai 1996 erwartungsvoll entgegen. Der Rat fordert die Parteien auf, dieses Treffen voll zu nützen, um Fortschritte im Hinblick auf die nationale Aussöhnung zu erzielen. Er unterstützt außerdem die diesbezüglichen Bemühungen des Generalsekretärs und seines Sonderbeauftragten.

Der Rat betont die Wichtigkeit der fortgesetzten Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit der Organisation der afrikanischen Einheit, der Europäischen Union und sonstigen interessierten Ländern und Organisationen in Abstimmung mit dem ehemaligen Präsidenten Nyerere, mit dem Ziel, einen umfassenden politischen Dialog zwischen den Parteien in Burundi herbeizuführen. Der Rat bringt in dieser Hinsicht seine Unterstützung für die Bemühungen der Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) und ihrer Beobachtermission (MIOB) zum Ausdruck und fordert alle Staaten auf, großzügig zum Friedensfonds der OAU beizutragen, um die OAU zu befähigen, die Personalstärke der Mission zu erhöhen und ihr Mandat über Juli 1996 hinaus zu verlängern.

Der Sicherheitsrat begrüßt es, daß sich der Generalsekretär die Schlußfolgerungen der Fachmission zu eigen gemacht hat, denen zufolge in Burundi Hörfunksendungen der Vereinten Nationen ausgestrahlt werden sollen, und erwartet, über den Stand der Durchführung dieser Empfehlungen auf dem laufenden gehalten zu werden.

Der Sicherheitsrat wiederholt, welche Bedeutung er der in Ziffer 13 der Resolution 1049 (1996) geforderten Eventualfallplanung beimißt, und verweist auf die Konsultationen, die bereits stattgefunden haben. Im Lichte der jüngsten Entwicklungen ersucht er den Generalsekretär und die beteiligten Mitgliedstaaten, auch künftig dringend die Eventualfallplanung für eine rasche humanitäre Hilfe zu erleichtern, sollte es zu weitverbreiteten Gewalthandlungen oder zu einer ernsthaften Verschlechterung der humanitären Lage in Burundi kommen. Er ermutigt außerdem den Generalsekretär, weiterhin Schritte zu planen, die unternommen werden könnten, um eine mögliche politische Einigung zu unterstützen.

Der Sicherheitsrat erinnert alle Parteien an ihre Verantwortung für die Wiederherstellung des Friedens und der Stabilität in Burundi und verweist auf seine in Resolution 1040 (1996) bekundete Bereitschaft, den Beschluß weiterer Maßnahmen zu erwägen, sollten die Parteien nicht den erforderlichen politischen Willen für eine friedliche Lösung der Krise unter Beweis stellen. Der Rat wird mit der Angelegenheit befaßt bleiben."
